

Antrag der Fraktion der CDU**Fächerintegration an Schulen im Land Bremen auf den Prüfstand stellen**

Seit geraumer Zeit werden im Land Bremen Geografie, Geschichte und Politik stark eingeschränkt und häufig nicht mehr als separate Fächer unterrichtet. Die Folgen sind Angebotsstreichungen oder -einschränkungen in bestimmten Phasen der schulischen Ausbildung (in den Gymnasien) oder die Zusammenfassung zu einem sogenannten Fächerverbund „GuP“ (Gesellschaft und Politik) in Bremen oder „GGP“ (Geschichte/Geografie/Politik) in Bremerhaven mit Blick auf die Oberschulen. So nachvollziehbar das didaktische Ziel, gesellschaftliche Fragen und Inhalte ganzheitlich betrachtet zu unterrichten, auch sein mag, so fragwürdig sind die praktischen und fachlich-qualitativen Erfahrungen.

Fachlich hochwertiger Unterricht und die Vermittlung fundierter Kompetenzen sind die Voraussetzung für die Herausbildung von Urteils-, Kritik- und Handlungsfähigkeit bei Kindern und Jugendlichen. Diese sind nicht nur von Bedeutung für die Berufswelt, sondern gerade auch für ein selbstständiges und verantwortungsbewusstes Leben in einer sozialen und gesellschaftlichen Umwelt, die auch, aber nicht ausschließlich, durch die Globalisierung zunehmend komplexer und komplizierter wird. Insbesondere in Fächern wie Geografie, Geschichte und Politik kann hierbei eine besondere Bedeutung zukommen, wenn es darum geht, Orientierungs- und Werteverlust, aber auch Politikverdrossenheit und mangelnder Beteiligungsfähigkeit und -bereitschaft entgegenzuwirken. Nicht unberücksichtigt bleiben darf, dass gerade in einer offenen Gesellschaft und einer traditionell international ausgerichteten wirtschaftlichen Umwelt wie in Bremen und Bremerhaven Kenntnisse von internationalen geografischen, gesellschaftspolitischen und historischen Grundlagen geradezu eine Voraussetzung für das Verständnis von Aktualität und Zusammenhängen sind.

Hochwertiger Unterricht in diesen wie in nahezu allen Unterrichtsfächern ist von verschiedenen Faktoren abhängig: Kontinuität und ein möglichst durchgängiges Angebot der Fächer sowie Unterricht durch fundiert ausgebildete Fachlehrer, sind wichtige Grundvoraussetzungen für hohe Unterrichtsqualität. Kompetent und systematisch unterrichteter Fachunterricht ist aber nachweislich nicht nur besser geeignet, um eine solide und aufbaufähige Grundlagenvermittlung sicherzustellen, sondern auch um Begeisterung für die einzelne Fachdisziplinen bei den Schülerinnen und Schülern zu wecken. Von hoher Bedeutung ist gerade in dieser Hinsicht, fachliche Zusammenhänge nicht durch zu frühe Fächerzusammenführungen zu verkürzen: So werden z. B. im Fächerverbund GuP/GGP Interdependenzen der Geografie zu historischen und politischen Dimensionen zwar ermöglicht, gleichermaßen wichtige Bezüge zu naturwissenschaftlichen Grundlagen aber derzeit eher ausgeblendet.

Je nach fachlichem Hintergrund der unterrichtenden Lehrerinnen und Lehrer ist auch ein überproportionales Übergewicht eines Fachs nicht auszuschließen, was ebenfalls zu Verkürzungen in den anderen Fächern führen kann. Interdisziplinärer Unterricht in voller Breite, bei gleichzeitiger fachlicher Sicherung aller drei Fachdisziplinen, scheint daher eher praxisfern. Dabei ist auch im Fachunterricht Lernen in gemeinsamen und fächerübergreifenden Projekten jederzeit möglich, erwünscht und themenbezogen auch unerlässlich. Schließlich erlaubt die fachliche Differenzierung in Einzelfächer auch ein gegebenenfalls Schularten- und altersmäßig ausgewogeneres Angebot der Fächer im Verhältnis zueinander.

Seit geraumer Zeit wird über die Sinnhaftigkeit und Effizienz der Fächerzusammenfassung in den Bereichen Geografie, Geschichte und Politik diskutiert. Stellung-

nahmen, z. B. die gemeinsam durch die betroffenen Fachverbände erarbeitete „Erklärung von Hannover vom 3. Juli 2015“, lassen den Schluss zu, dass die schulischen Erfahrungen mit der Fächerzusammenführung höchst problematisch und überprüfungsbedürftig sind. Gesellschaftliche Erfahrungen, z. B. in Fragen der politischen Beteiligung, legen nahe, dass in diesem Zusammenhang auch über Ausmaß und Qualität der politischen Bildung in den Schulen offensiver als bisher nachgedacht werden muss. Gemeinsam ist bei den Diskussionen, dass ein kritischer Blick auf die Qualität, die Art und Weise der Unterrichts- und Fächerorganisation und das Ausmaß sowie den Umfang des Unterrichtsangebots dringend notwendig ist.

Da der Senat die notwendige Bereitschaft, eine Evaluation, Bewertung und gegebenenfalls Veränderung der unterrichtlichen Wirklichkeit mit Blick auf die drei Fächer in Bremen durchzuführen, bislang nicht hat erkennen lassen (vergleiche Drs. 19/376 vom 12. April 2016), möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen (Entscheidung):

1. Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Auffassung, dass für ein möglichst umfassendes soziales und gesellschaftliches Verständnis, für Kritik- und Handlungsfähigkeit im privaten, gesellschaftlichen und beruflichen Umfeld, aber insbesondere auch zur politischen Urteilsfähigkeit und Beteiligungsbereitschaft wesentliche Voraussetzungen in der Schule im Allgemeinen und in den Fächern Geografie, Geschichte und Politik im Besonderen gelegt und geschaffen werden. Sie sind aber nicht nur unverzichtbarer Bestandteil der Allgemeinbildung und eine Voraussetzung für ein Bestehen in der Berufswelt. Die Bürgerschaft (Landtag) sieht z. B. mit Blick auf die Wahlbeteiligung Handlungsbedarf zur Steigerung von Kompetenzen und Beteiligungsbereitschaft gerade in Bereichen, die von diesen Fächern abgedeckt werden (sollen).
2. Die Bürgerschaft (Landtag) geht davon aus, dass die Vermittlung fundierter Grundlagen in einem fachlich gebundenen und differenzierten Unterricht, insbesondere in unteren und mittleren Jahrgangsstufen, am besten zu gewährleisten ist. Interdisziplinarität und fächerübergreifendes Lernen bleiben aber insbesondere in höheren Jahrgangsstufen ein wichtiges Anliegen, das z. B. mit übergreifendem Projektunterricht gewährleistet werden kann und soll.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat ferner dazu auf,

1. unverzüglich eine Evaluation der Fächerverbunde „GuP“ und „GGP“ durchzuführen und der Bürgerschaft (Landtag) bis zum Ende des zweiten Quartals 2017 über die Ergebnisse zu berichten. Hierbei sind unabhängige wissenschaftliche Expertisen sowie Erfahrungen der Betroffenen, der Beteiligten sowie der Fachverbände einzubeziehen. Dies schließt die Konsequenz ein, dass der fachlich eigenständige Unterricht in den derzeit integriert unterrichteten Fächern in allen Schularten und Jahrgangsstufen wieder hergestellt wird, wenn die Evaluationsergebnisse diesen Schluss nahelegen sollten und sich die vielfältig geäußerten Bedenken und Kritiken nicht ausräumen lassen.
2. Bei dieser Evaluation ist darüber hinaus zu erheben und zu bewerten,
 - a) wie die Fachlichkeit der Unterrichtserteilung erhöht, und inwieweit fachfremd erteilter Unterricht stattfindet und gegebenenfalls reduziert werden kann?
 - b) welche Erfahrungen mit Fächerzusammenführungen (sogenannten Konglomeratfächern/Fächerverbunden) in anderen Bundesländern vorhanden sind?
 - c) welche curricularen (d. h. bildungsplanbezogenen) und angebotsbezogenen Veränderungen und Erweiterungen in den Fächern Geografie, Geschichte und Politik quantitativ und qualitativ sinnvoll und möglich sind, und wie z. B. auch wirtschaftsbezogene Lerninhalte, die auf praktische Ausbildungs- und Berufsvorbereitung abzielen, als eigenständiges Fach breiter als bisher gestärkt werden können?
 - d) wie die Verbindlichkeit und Kontinuität des fächerbezogenen Angebots erhöht werden kann?
 - e) wie die fachliche Zusammenarbeit zu den „Nachbarfächern“, aber auch zu anderen Disziplinen, z. B. in den Naturwissenschaften, verbessert und verbreitert werden kann?

3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat darüber hinaus auf, schnellstmöglich zu gewährleisten, dass Schülerinnen und Schüler schulartübergreifend ein durchgehendes Angebot der Fächer Geografie, Geschichte und Politik vorfinden. Dies umfasst auch das Angebot, möglichst an allen gymnasialen Oberstufen sowie als schriftliches (Grundkurs-)Prüfungsfach, sofern innerhalb des Kurswahlverfahrens der Schülerinnen und Schüler eine Mindestanzahl an Teilnehmern erreicht wird.

Dr. Thomas vom Bruch, Claas Rohmeyer,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU